

DIE LINKE. IMPULSE

Strausberg · Seelow · Bad Freienwalde

Februar 2008

Landtagswahlen in Hessen sind ein Sieg für die politische Kultur:

Migrantenfeindliche Parolen führen nicht mehr zum Erfolg!

Die Abwahl von Koch ist ein Sieg für die Demokratie und für die politische Kultur weit über Hessen hinaus. Nachdem der rechte CDU-Hardliner sich im Jahr 1999 mit einer Kampagne gegen die doppelte Staatsbürgerschaft ins Ministerpräsidentenamt gelangt war, blieb ihm nunmehr ein Wiederholungserfolg mit seinen rassistischen Hetztiraden gegen die »zu vielen kriminellen Ausländer verwehrt. Das Ergebnis zeigt, dass die Wähler eine derartige politische Unkultur weder wollen noch goutieren.

Insbesondere das Wahlergebnis in Hessen zeigt, dass nur durch den Einzug der LINKEN in den Landtag eine weitere Amtsperiode von Roland Koch verhindert werden kann. Seine CDU-Alleinregierung wurde von den Wählern vor allem wegen der migrantenfeindlichen Wahlkampagne, aber auch wegen handfester Versäumnisse in der Bildungs-, Sozial- und Innenpolitik abgewählt.

Die ebenfalls siegreiche SPD mit ihrer Spitzenkandidatin Ypsilanti steht nun vor der Aufgabe, eine Regierungsmehrheit gegen Koch zustande zu bringen. Es ist überhaupt nicht nachzuvollziehen, dass Ypsilanti, die mit linken Themen wie Bildungschancen, soziale Gerechtigkeit und Mindestlohn bei den Wählern punkten



Wahlparty in Hessen

konnte, eine Zusammenarbeit mit der LINKEN von vornherein kategorisch ablehnt. Die Linksfraktion im Bundestag hat erst durch ihr Wirken diesen Themen überhaupt wieder Gehör verschafft und damit Ypsilanti den notwendigen Rückenwind für ihren Erfolg verschafft. Wenn Ypsilanti stattdessen ein Zusammengehen mit der FDP vorzieht, die im Bundestag für rigorosen Sozialkahltschlag plädiert, dann demontiert sie ihre eigene politische Glaubwürdigkeit.

Der Einzug der LINKEN in die Landtage von Hessen und Niedersachsen zeigt, dass sich eine Partei links von der Sozialdemokratie auch in den westlichen Bundesländern etablieren kann.

Prof. Dr. Hakkı Keskin,
Bundestagsabgeordneter, DIE LINKE



In dieser Ausgabe

Gewählt:
Parteitag in Blossin
Seite 2

Erklärt:
Kampf gegen Rechts
Seite 3

»Geriestert«:
Die Rentenfälle
Seite

Kriminell:
Helfen statt strafen
Seite 5

Couragiert:
Kunst gegen Rechts
Seite 6

Engagiert:
In MOL
Seite 7

»Grüß Gott«:
Buchtipps
Seite 8

Themen der nächsten Ausgabe

Politischer
Aschermittwoch

Frauentag

SeniOrenbrett 1

Redaktionsschluss
für März:
20.02.2008



Der Kreisvorstand und alle, die einen Linken gewollt und gewählt haben, gratulieren Dr. Uwe Klett zur gewonnenen Wahl und wünschen einen guten Arbeitsbeginn am 1. Februar.

Der Bundesausschuss der Partei



Das neue Organ der Partei übernimmt nicht die Funktion des ehemaligen Parteirates, sondern hat weitreichende Vollmachten und damit verbundene Aufgaben.

Der Bundesausschuss ist das Organ der Gesamtpartei mit Konsultativ-, Kontroll- und Initiativfunktion gegenüber dem Parteivorstand. Er fördert und unterstützt das Zusammenwachsen der Landesverbände in den neuen und alten Bundesländern.

Er soll Initiativen ergreifen und unterstützen, die diesem Ziel dienen.

Erstmal wird sich der Bundesausschuss am 16. Februar in Berlin konstituieren. 6 Mitglieder und damit 10% der Stimmberechtigten stellt der Landesverband Brandenburg.

12 Mitglieder werden vom Parteivorstand bestimmt, 12 durch bundesweite Vereinigungen und 2 durch den Jugendverband. Die Verteilung der Stimmberechtigten auf die Landesverbände ist vom Delegiertenschlüssel zum Parteitag abhängig.

Die größte Delegation stellt deshalb Sachsen mit 8 Mitgliedern.

Die Delegierten der Landesverbände sind auf den Landesparteitagen zu wählen. Für MOL wurde Kerstin Kaiser gewählt (Fraktionsvorsitzende,

Landtag Brandenburg), für den Bundesausschuss Bettina Fortunato, Helga Burgahn und Reiner Pawlak. (siehe Foto)



Satzung des Kreisverbandes MOL in Arbeit Den Bürgerinnen und Bürgern verpflichtet

Auf Grundlage des Beschlusses der 1. Tagung des 1. Kreisparteitages hat der Kreisvorstand eine Arbeitsgruppe mit der Ausarbeitung eines Entwurfes beauftragt.

Die unter Leitung von Bettina Fortunato mit Arno Gassmann, Marco Büchel und Wolfram Wetzig erarbeitete erste Fassung wurde dem Kreisvorstand am 14. Januar zur Beratung vorgelegt und den Vorsitzenden der Stadtverbände und selbständigen Basisorganisationen am 29. Januar. Das war der Start für die Beratung des Entwurfes durch die Basis, in deren Ergebnis ein beschlussfähiger Entwurf auf der 2. Tagung des 1. Kreisparteitages abgestimmt werden soll.

In der Satzung des Kreisverbandes sollen die Dinge geregelt werden, die in der Landessatzung zur Regelung auf der nachgeordneten Ebene vorgesehen sind.

Das sind im Wesentlichen Festlegungen zur Struktur des Kreisverbandes, zur Arbeitsweise des Kreisparteitages und zur Zusammensetzung des Kreisvorstandes.

Interessierte können den Entwurf der Kreissatzung ab 30. Januar unter www.dielinke-mol.de nachlesen.

Alle Mitglieder des Kreisverbandes sind aufgefordert, an der Gestaltung der Kreissatzung mitzuarbeiten.

Wolfram Wetzig

Für soziale Gerechtigkeit, Bürgernähe, wirtschaftliche Entwicklung und ein reiches kulturelles und sportliches Leben in MOL

Der Kreisverband ist in Diskussion und Erarbeitung eines Kreiswahlprogramms ein gutes Stück vorangekommen. Auf Grundlage der kommunalpolitischen Leitlinien, des Wahlprogramms von 2003, des Brandenburger Leitbildes für Brandenburg und einer kommunalpolitischen Thesensammlung, die federführend von Wolfgang Heinze erarbeitet wurde, hat eine Arbeitsgruppe mehrfach getagt. Seit 16. Januar sind alle Mitglieder der Kreistagsfraktion und des Kreisvorstandes im Besitz der erarbeiteten Dokumente und damit in die Diskussion einbezogen; Basisgruppenorganisatoren, Stadt- und Ortsverbände, sowie das Wahlaktiv seit Ende Januar.

Die Mandatsträgerkonferenz am 1. April wird den offiziellen Auftakt zur parteiöffentlichen Diskussion des Wahlprogramms des Kreisverbandes geben. Beschlossen wird es am 14. Juni auf dem Kreisparteitag.

Der gegenwärtige Entwurf bietet genügend Freiräume zur Diskussion. Er benennt örtliche und regionale Besonderheiten, lässt Raum für das überwiegend ländliche Gebiet des Kreises und den Speckgürtel von Berlin.

Hinweise sind willkommen, ausdrücklich erwünscht und sollen an den Kreisvorstand gehen oder direkt an den Leiter der Arbeitsgruppe Bernd Sachse unter bernd.sachse@ewetel.net

Mandatsträgertreffen am 1. April in Strausberg

Kreisvorstand und Kreistagsfraktion der LINKEN bereiten z.Z. die Veranstaltung, die von 18 bis 21 Uhr im STICKer mit bisherigen und künftigen Mandatsträgern sowie sachkundigen Einwohnern stattfinden wird, vor. Sie soll dem Erfahrungsaustausch in Vorbereitung auf die Kom-

munalwahlen am 28.9. dienen, die Schwerpunkte für das Wahlprogramm des Kreisverbandes diskutieren und eine erste Orientierung auf den Kommunalwahlkampf geben.

Wolfram Wetzig

Landesparteitag der LINKEN in Blossin am 26./27. Januar

Delegierte aus MOL v.l.n.r.: Bernd Sachse, Kreisvorsitzender; Karin Klinger; Reiner Pawlak; Marco Büchel; Dieter Schäfer, Fraktionsvorsitzender im Kreistag MOL; Hans Joachim Fiedler; Renate Adolph (MdL); Bettina Fortunato; Helga Burgahn; Kerstin Kaiser, Fraktionsvorsitzende im Landtag; Petra Wirth, neues Mitglied im Brandenburger Landesvorstand (Auf dem Foto fehlt Lutz Amsel.)



Auf dem Landesparteitag in Blossin wurden alle Gremien der Partei neu gewählt (siehe Randspalte).

Foto: Ole Gemski

Dagmar Enkelmann zum Landesparteitag in Blossin

(Redeauszug – es gilt das gesprochene Wort)

Eine andere, sozialere Politik anzustreben, bedeutet für mich auch, dass wir uns eben nicht kritiklos den so genannten Sachzwängen unterwerfen. Ich wünschte mir, dass wir in manchen Forderungen mutiger sind. Nehmen wir die Frage der Verschuldung. Sicher engt es die Handlungsfähigkeit der öffentlichen Hand ein, wenn die Zinszahlungen zu den größten Ausgabenposten gehören. Deswegen sind auch LINKE dafür, die öffentlichen Haushalte zu konsolidieren. Schulden sind aber nicht gleich Schulden. Investitionen der öffentlichen Hand in öffentliche Beschäftigung, in Bildung und soziale Infrastruktur sind wirkliche Zukunftsinvestitionen, die sich langfristig rechnen. Auf keinen Fall sollten wir ausblenden, dass es auch um Veränderung der bundespolitischen Rahmenbedingungen geht. Es darf nicht sein, dass mit den Förderalismusreformen den Ländern immer mehr Aufgaben übertragen werden, die Verbesserung der Finanzausstattung aber auf der Strecke bleibt. Tatsache ist: Die Bundesrepublik ist nach wie vor ein reiches Land. Auch Brandenburg ist ein Land, in dem der erzeugte Reichtum wächst. Auch die Brandenburgerinnen und Brandenburger gehören zu denen, die steigende

Werte schaffen. Dass auch sie davon wenig profitieren, steht auf einem anderen Blatt. Im Jahr 2000 lag das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen in Brandenburg bei rund 42 000 Euro, im Jahr 2006 schon bei weit über 48 000 Euro. Eine Steigerung um fast 15 Prozent – und da ist das Aufschwungjahr 2007 noch gar nicht mitgerechnet. Vor gut einem halben Jahr verkündete der Ministerpräsident Brandenburgs auf dem Landesparteitag der SPD stolz: »Es sind spannende Zeiten für Deutschland insgesamt, weil unsere Republik jetzt die Dividende der Schröderschen Reformen einstreicht.« Welche Dividende denn? Dass die Zahl der Arbeitslosen bundesweit auf 3,4 Millionen sank, hört sich gut an, aber: Die Hälfte der neuen Jobs entfallen auf Leiharbeit, auf moderne Sklaverei: Für die gleiche Arbeit bis zu 50 Prozent weniger und kein Kündigungsschutz. 5 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind ausschließlich in Minijobs tätig. Dazu kommt eine steigende Zahl von Teilzeit- und befristeter Beschäftigung. Der Aufschwung am Arbeitsmarkt ist in Wahrheit ein Aufschwung von prekärer Beschäftigung. Das hat gravierende soziale Folgen. 1,3 Millionen Menschen (Zahl von Anfang 2007) gehören zu den so genannten Aufstockern, weil deren Einkommen nicht reicht, um ihr Leben und das ihrer Familien zu finanzieren.

Gute Arbeit in Würde sieht anders aus!

Netzwerk für gesunde Kinder in MOL



Kerstin Kaiser zog bei ihrem alljährlichen Neujaars-Pressegespräch Bilanz ihrer Aktivitäten. Eine Vielzahl von Anfragen im Landtag zur Situation in Märkisch-Oderland und Initiativen im Kreistag stehen auf dieser Liste ebenso wie Foren, Themenabende

und Gespräche mit Vertretern sozialer Institutionen und Vereine. Diese Aktivitäten haben wir LINKE in Strausberg und in MOL immer wieder wahrnehmen können und sie sind sicher einer der Gründe dafür, dass die Linke hier näher am Bürger ist, als jede andere Partei und das, obwohl wir von der bürgerlichen Presse weitgehend geschnitten werden. Gerade das ist auch ein Grund, aktiv weiter zu machen – hier sieht Kerstin Kaiser vor allem zwei Schwerpunkte im Jahr der Kommunalwahlen 2008.

Kampf gegen Rechts

Auch in Märkisch-Oderland sind Rechtsextremisten auf dem Vormarsch, dies ist nicht immer so offensichtlich wie in Seelow, wo die CDU diese durch ihre aktive Fraktionsgemeinschaft mit der Schill Partei salonfähig zu machen versucht. Es ist davon auszugehen, dass die Rechten zu den Kommunalwahlen aus ihren Löchern kommen und auf Stimmenfang gehen werden. Ihre Mitglieder werden sich meist erst im letzten Moment zu erkennen geben. Hier gilt es, aktiv zu verhindern, dass diese Aufmerksamkeit erlangen. Sie werden aber auch gezielt Veranstaltungen der Linken stören. Kerstin Kaiser regt an, dass wir uns selbst in Veranstaltungen auf die braune Gefahr vorbereiten, aber zugleich vor ihren Vertretern warnen. Die LINKE wird in diesem Zusammenhang auch eng mit dem landesweiten Aktionsbündnis ge-

gen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit zusammenarbeiten und deren Veranstaltungen unterstützen. Angesichts des Anstiegs der rechtsextremistischen Gewalttaten auch im Landkreis MOL und des selbst vom Verfassungsschutz zugegebenen Anstiegs der Aktivitäten der NPD gilt es, nicht nur zu warnen, sondern auch aktiv zu werden.

Gesunde Kinder in MOL

»Gesunde Kinder« – dieses Ziel hat Kerstin Kaiser 2008 für die LINKEN im Landkreis ganz oben auf die Liste ihrer Arbeitsthemen gesetzt. »Förderung und Hilfe ohne Stigmatisierung soll es sein«, betont die Fraktionsvorsitzende im Potsdamer Landtag, »ein Angebot für alle Schwangeren, für alle Familien und Alleinerziehenden mit Kindern bis zum dritten Lebensjahr, unabhängig vom sozialen Status.« Ehrenamtliche Paten sollen sich nach eingehender fachlicher Schulung »per Vereinbarung« von Geburt des Nachwuchses an bei regelmäßigen Besuchen in »ihren« Familien um Alltagsfragen kümmern, helfen beim Umgang mit Behörden. Sie unterstützen als Regulativ bei Problemen und mit Lebenserfahrung und Ratschlägen auch mal als aktiver »Kummerkasten«. Sie werden dafür sorgen, dass gesundheitliche und präventive Leistungen – wie Vorsorgeuntersuchungen und Impfungen – auch angenommen und Konflikte schon im Keim früh erkannt werden. Genutzt werden sollen in der Anfangsphase 2008 besonders die Erfahrungen des Klinikums Barnim GmbH Eberswalde bei der Förderung von »Lust auf Familie«. »2009 muss dieses wichtige Projekt laufen«, versichert Kerstin Kaiser, die auch zur Kommunalwahl wieder für den Kreistag kandidieren will. »Ich wohne mit meiner Familie in Strausberg, dem Punkt, wo ich geerdet bin.

Klaus Linke

Volksbegehren für Sozialticket

Da der Landtag Mitte Jahre trotz großer Beteiligung die Volksinitiative für ein Sozialticket abgelehnt hat, hat der Landesvorstand der LINKEN mit einem Dringlichkeitsantrag an den Landesparteitag zu einem Volksbegehren aufgerufen. Darin heißt es u.a.:

Die Volksinitiative für ein Sozialticket hat im vergangenen Jahr über 32.000 Unterschriften für ein Sozialticket gesammelt. Der Landtag hat dieses Begehren abgelehnt.

Ein Sozialticket in Brandenburg kann für viele Menschen Mobilität sichern und Ausgrenzung verhindern. Zur Deckung der Mobilitätskosten reicht zum Beispiel der Regelsatz des Arbeitslosengeldes bei weitem nicht aus. Im Flächenland Brandenburg sind jedoch viele auf Mobilität angewiesen.

Nur so ist es ihnen möglich, sich beruflich neu zu orientieren oder am beruflichen, gesellschaftlichen und kulturellen Leben teilzunehmen.

Mit einem Sozialticket in Brandenburg würden im Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg (VBB) gleiche Bedingungen hergestellt, denn in Berlin gibt es das Sozialticket bereits. Nach offiziellen Berechnungen wären für ein Sozialticket in Brandenburg mindestens 5 Millionen Euro aus dem Landeshaushalt bereit zu stellen.

DIE LINKE wird sich mit der Ablehnung der Volksinitiative nicht zufrieden geben und gemeinsam mit den beteiligten Partnern ein Volksbegehren zu diesem Thema starten. Wir sind bereit, dieses Thema bis zum Volksentscheid zu führen.

Die Umsetzung des Volksbegehrens und die landesweite Mobilisierung dazu wird DIE LINKE zu ihrer Hauptaufgabe in den kommenden Monaten machen. Der Landesvorstand wird die begleitende Kampagne dazu gemeinsam mit allen Kreisverbänden führen und finanzielle und personelle Ressourcen vorrangig dieser Aufgabe widmen.

(Auf dem Parteitag einstimmig angenommen)

Für eine zukunfts-fähige Energiepolitik

Aktuell 21.300 Unterschriften.
Die Sammlung geht weiter!!
(Info auf der Seite
www.keine-neuen-tagebaue.de
am 29. Januar 2008)

Nur Nokia?

Gestern waren sie noch schick, heute wollen führende Politiker ihre Nokia-Handys nicht mehr in die Hand nehmen. Wenn man die Geschäftsgebaren der Konzerne so geißelt, sollte man aber konsequent sein: Geben die Herren jetzt auch ihre BMW zurück? Schließlich will der deutsche Autokonzern, nur weil seine Rendite zu niedrig sein soll, demnächst 8000 Leute, Leiharbeiter vor allem, nach Hause schicken. Verzichteten Struck, Seehofer und Co. auf Siemens, als dieser deutsche Konzern seine Handysparte preisgab und 3000 Menschen ihren Arbeitsplatz verloren? Der medial inszenierte Nokia-Boykott ist in weiten Teilen heuchlerisch, solange die Politik dafür sorgt, dass sich Personalabbau für die Unternehmen rechnet und das auch noch mit öffentlichen Geldern unterstützt. Der Bundesfinanzminister wehklagt über den »Karawankenkapitalismus« ala Nokia, verhindert aber zugleich, dass die »Karawane« der auf Gewinnjagd um den Globus rasenden Konzerne, Hedge-Fonds und Finanzinvestoren an die politische Leine gelegt werden.



Merke:

Wer sein Nokia wegwirft, gehört noch lange nicht zum anti-kapitalistischen Widerstand.

J.St.



Foto: Ch. Hempel

Wesentlich erfolgreicher als die nationalen Regierungen mit ihrer wenig verpflichtenden Abschlussklärung waren auf Bali die Kommunalvertreter: Die 40 größten Städte der Welt, darunter auch Berlin, verpflichteten sich, 60 bis 80% ihres Treibhausgas-Ausstoßes bis 2050 gegenüber 1990 abzubauen. Das ist ein deutlicher Beitrag! Und dennoch: Worauf warten wir eigentlich, wieso handeln wir nicht aus eigener Einsicht?

Über 75% der Deutschen sind gegen Atomstrom, aber 95% beziehen ihn. 92% sind für erneuerbare Energien, aber nur drei Prozent sind bisher auf Ökostromanbieter umgestiegen. Große Autos sind immer noch im Trend, die Zahl der Flugreisen steigt und von 44 Millionen Pkw fährt ein Prozent mit Biosprit.

Die Deutsche Energieagentur hat errechnet, dass 500 Millionen EU-Bürger jedes Jahr 60 Milliarden Euro durch intelligenteren Umgang mit Energie einsparen könnten, d.h. zwischen 200 und 1000

Euro pro Haushalt – zum Beispiel durch: Wechsel zu einem Ökostromanbieter, Vermeidung von Stand-by-Schaltungen, Kauf verbrauchsärmerer Autos, Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel und Organisation von Mitfahrergemeinschaften bei Autobahnhöchstgeschwindigkeit von 130km/h, Verwendung energiesparenderer Geräte und Lampen, Solarenergie und Erdwärme und Wärmedämmung am Haus, Umstellung von Ölheizung auf Holz von Regenwasser und Wasserspartechnik.

Das durch die Bundesregierung vor kurzem beschlossene Bündel von 15 Gesetzen und Verordnungen zur Energieeinsparung, zur Verwendung erneuerbarer Energien, für mehr Energieeffizienz und Klimaschutz hat das Ziel, bis 2020 insgesamt 40% der Kohlendioxid-Emissionen einzusparen und den Stromanteil aus erneuerbaren Energien auf 25 bis 30% zu steigern. Leider ist schon heute abzusehen, dass die selbstgesteckten Ziele auf Grund des Einknickens gegenüber Strom- und Autokonzernen nicht erreicht werden. Auch die Brandenburger Landesregierung segelt im Windschatten von Vattenfall und plant für Jahrzehnte die Braunkohleverstromung mit fatalen Folgen für die Umwelt. Die knappste Ressource, die die Menschheit hat, ist nicht Öl oder Kohle, sondern die Zeit, erneuerbare Energien einzusetzen.

Lothar Dölling

Die milliardenschwere Riesterfalle

Bundesregierung fördert Altersvorsorge von Besserverdienenden und prellt Geringverdienende

Im Zentrum der aktuellen Debatte steht die Regelung, dass bei Grundsicherung im Alter alle Einkommen angerechnet werden, auch gesetzliche Rente und private Altersvorsorge. Das ist jedoch weder ungewöhnlich noch neu. Die Debatte lenkt vom eigentlichen Problem des sinkenden Rentenniveaus ab und wird interessanterweise von denselben Personen geführt, die vor einigen Jahren die Privatisierung der Alterssicherung vorangetrieben haben und schon damals wussten: die Riesterrente wird auf die Grundsicherung angerechnet und lohnt sich deswegen gerade für Geringverdiener nicht.

Momentan wird private Vorsorge von der Bundesregierung mit fast drei Milliarden Euro subventioniert. Dabei werden insbesondere Niedriglohnverdiener aufgefordert, sich über eine Riester-Rente abzusichern und die Regierung behauptet, dass gerade diese davon profitieren würden. Diese Behauptung ist nachweislich eine grobe Täuschung. Zudem stützt die öffentliche Milliardenförderung die Finanz- und Versicherungswirtschaft und die Besserverdienenden. Geringverdienende zahlen jedoch in ein System ein, aus dem sie nichts rausbekommen. Die Bedingungen zur Erreichung einer gesetzlichen Rente jenseits des Grundsicherungsniveaus verschlechtern sich erheblich. Die notwendigen Beitragsjahre für eine Rentorente in Höhe der

Grundsicherung steigen für den Durchschnittsverdiener von 28 Jahren heute auf 34 Jahre im Jahr 2030. Arbeitslosigkeit, prekäre Beschäftigung und Niedriglöhne mindern zudem die Beitragszahlungen in die GRV.

Hier ist der Ansatzpunkt für politische Reformen: Die Renten müssen wieder der Lohnentwicklung folgen. Innerhalb des gesetzlichen Rentensystems sind weitere Lücken zu schließen sowie Maßnahmen des Sozialausgleichs zu stärken, damit auch Menschen mit unterbrochenen Erwerbsbiografien oder niedrigen Löhnen über ausreichende Rentenansprüche verfügen. Wichtig für die Vermeidung von Altersarmut ist zudem ein garantierter Mindestlohn statt Niedriglohnbeschäftigung.

Ein Vorschlag fordert jetzt eine Anrechnungsfreiheit für private und betriebliche Altersvorsorge (aber nicht für Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung). An vorderster Front dabei sind die FDP und der Lobbyist der privaten Versicherungswirtschaft Prof. Rürup. Nicht zufällig präsentierte der vor kurzem seinen Vorschlag zur Einführung einer Sockelrente, um vermeintlich das Dilemma für Geringverdienende zu beheben, das er selbst initiiert hat.

(Kommentar der Bundestagsfraktion DIE LINKE zu »Monitor« vom 10.1.08)

Durchsuchungen bei HORTE rechtswidrig

Für die Durchsuchung von Wohnräumen und weitere strafprozessuale Ermittlungsmaßnahmen, die im Rahmen einer koordinierten Aktion gegen Gegner des Weltwirtschaftsgipfels und Dritte durchgeführt worden sind, waren die Strafverfolgungsorgane des Bundes nicht zuständig. ... Für die Entscheidung ist letztlich ohne Bedeutung, ob sich – woran allerdings nachhaltige Zweifel bestehen – die Beschuldigten tatsächlich zu einer Vereinigung im strafrechtlichen Sinne zusammenschlossen haben. (4.1.08 – Aus einer Pressemitteilung des Bundesgerichtshofs)

Was war eigentlich passiert?

9. 5.07, 8:00 Uhr: Der Bauwagen auf dem Gelände des AJP 1260 e.V. Horte ist einer von drei Orten in Strausberg (über 40 in Deutschland), der im Rahmen einer bundesweiten Hausdurchsuchungsorgie der Bundesanwaltschaft wegen Hinweisen auf terroristische Aktivitäten durchsucht wird. Dutzende Beamte vor Ort finden bei ihrer mehrstündigen Maßnahme weder Sprengstoffrezepte noch Maschinengewehre. Impulse hat das Gespräch mit dem Betroffenen gesucht:

Wie hast Du gefühlt, als für Dich klar wurde, dass Du ein mutmaßlicher Terrorist bist?

Ich war in der Berufsschule und kam gegen 17:00 Uhr nach Hause. Ich wurde schon vorher telefonisch informiert, ausgerechnet vor einer Mathe Klausur. Zuerst wollte ich gleich nach Hause fahren, aber ich war mir sicher, das muss ein Irrtum sein.

Wie ging es Dir bei dem Gedanken, dass grundlos alle Deine Sache durchsucht wurden?

Ich war ziemlich sauer, weil die Typen einen Haufen Chaos hinterließen, außerdem noch die ganze Tür zerstörten und unsinniger Weise trotzdem das Schloss austauschten. Den neuen Schlüssel sollte ich mir auch noch auf der Wache abholen.

Liegt die Vermutung nahe, dass Dein Bauwagen deswegen durchsucht wurde, weil er von den bisherigen Hausdurchsuchungen »verschont« geblieben war?

Ja, davon gehe ich aus.

Zumal die Beamten, wie sich später herausstellte, selber wussten, dass die Person, die sie suchten, nicht im Horte, geschweige denn in meinem Atelier wohnte.

HORTE e.V.

Früher helfen, statt später härter strafen



Aus www.morgenpost.de

Im Kampf gegen Jugendgewalt gibt es aus Sicht des Berliner Kriminologen Claudius Ohder nur einen vielversprechenden Weg, sich möglichst früh um die Täter und ihre Familien zu kümmern. Im Alter von 13, 14 Jahren hätten nicht wenige Jungen Ärger mit der Polizei etwa wegen kleinerer Ladendiebstähle. Aber nicht alle haben dann automatisch eine kriminelle Karriere vor sich, sagt der Professor der Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege.

Kämen Faktoren wie Schulversagen, aggressive Verhaltensmuster, überforderte Eltern, Armut, kriminelle Freunde oder Geschwister hinzu, seien das aber ernste Warnhinweise.

»Deshalb muss man bei straffälligen Kindern früher und genauer hinschauen. Den Eltern nur einen Brief zu schreiben, reicht ebenso wenig wie frühere und härtere Strafen«. Gefordert seien die Jugendämter. Denen fehle aber oft Personal und Geld. Mehr als 70 Prozent der Berliner Intensivtä-

ter stammten aus Zuwandererfamilien, aber weniger die ethnische Herkunft sei Ursache kriminellen Verhaltens, sondern die soziale und ökonomische Ausgrenzung.

Lange Zeit waren Wohnumfeld, Schule, vor allem aber Ausbildung und Arbeit funktionierende »Integrationsbrücken«. Bis in die 70er-Jahre gab es in Berlin weniger Gewaltdelikte als auf dem Land. Doch dann änderte sich die Einwandererstruktur. Es kamen nicht mehr die »klassischen Arbeitsmigranten«, sondern Bürgerkriegsflüchtlinge und Asylsuchende. Sie hatten oft einen ungesicherten Aufenthaltsstatus und Arbeitsverbot. Integrieren konnten sie sich kaum. Die meisten Familien der heutigen Intensivtäter sind erst nach 1990 nach Berlin gekommen.

»Abschieben geht gar nicht«, weil die meisten Täter einen deutschen Pass haben. Auch die Anhebung der Höchststrafe von zehn auf 15 Jahre laufe ins Leere. Die meisten Taten seien Raub und Körperverletzung, dafür gebe es maximal drei bis vier Jahre. Auch habe er nicht den Eindruck, dass Jugendrichter zu selten nach dem Erwachsenenstrafrecht urteilten. »Außerdem fährt ein Täter mit dem Jugendgerichtsgesetz nicht unbedingt besser«. Ein Richter könne nach dem Jugendstrafrecht sogar eine längere Strafe verhängen, als vom allgemeine Strafrecht vorgesehen, wenn dies zureicherlich erforderlich scheint.

Armut und fehlende berufliche Qualifikationen waren Probleme, die auch Auswanderer nach Amerika Anfang des letzten Jahrhunderts hatten. »Die Iren und die Deutschen galten damals als besonders kriminell.«

Nach Tobias Miller,
aus Berliner Zeitung, 9.1.2008

Hinter Gittern Brandenburger Jugendstrafvollzugsgesetz beschlossen

Zwei Entwürfe hatten dem Parlament zur Entscheidung vorgelegen – einer der Regierung und der von der LINKEN, der auf gleichen Grundsätzen der Förderung und Erziehung von Inhaftierten basierte. Den Vollzug der Jugendstrafe in einem eigenen Gesetz zu regeln – dazu hatte das Bundesverfassungsgericht den Gesetzgeber verpflichtet.

Jugendliche Strafgefangene sind individuell und gesellschaftlich Gescheiterte, mit der Chance, künftig noch ein rechtstreuendes Leben führen zu können. Diesem Ziel wird das jetzt verabschiedete Gesetz nicht gerecht, schon wegen der Vorstellung, Jugendstrafgefangene mit Zwang und Druck zum Umdenken zu bringen.

Es verkennt den Wert erzieherischer Maßnahmen, präferiert Zwangsmittel und kennt keine Methoden der einvernehmlichen Konfliktschlichtung, wie es der Entwurf der LINKEN vorsah, auch keine Teilnahme der Jugendlichen an der Vollzugsplanung. Es uniformiert und stigmatisiert Jugendstrafgefangene durch die Pflicht, Gefangenenkleidung zu tragen und auch die Bediensteten durch die Verpflichtung zum Tragen und Verwenden von Schusswaffen. DIE LINKE lehnte das Gesetz ab. Zwang und Druck können für Ruhe und Ordnung im Vollzug sorgen, aber nicht auf das Leben in Freiheit vorbereiten. In der Freiheit treffen wir Entscheidungen selten, weil wir Sanktionen fürchten, sondern wir treffen sie, weil wir ihre Richtigkeit einsehen.



Stefan Sarrach,
justizpolitischer Sprecher
der LINKEN im
Brandenburger Landtag

Ines Wollschläger tritt LINKEN im Kreistag bei

Ines Wollschläger ist als sehr sachliche und konsequente Abgeordnete im Kreistag bekannt. Sie war bereits im Sommer letzten Jahres aus der CDU ausgetreten und hatte ihre Funktion als Vorsitzende der Frauenunion beim Kreisvorstand der CDU niedergelegt, auch ihr Mandat im Landesvorstand der Frauenunion. Gleichzeitig hatte sie die Kreistagsfraktion der CDU verlassen und ihr Kreistagsmandat fraktionslos ausgeübt. Bis zum Herbst arbeitete sie als Mitarbeiterin des Landtagsabgeordneten Dirk Hohmeyer.

Ihrem Antrag, mit den LINKEN politisch zu arbeiten, hatte die Fraktion einstimmig zugestimmt.

Hilfe-Netz in Märkisch-Oderland



Die Strausberger Tafel versorgt gegenwärtig fast 4000 Bedürftige, darunter 1194 Kinder, mit Lebensmitteln, die zum Großteil aus Spenden der Supermärkte und örtlicher Händler stammen. Seit Jahresbeginn kommen bei der Strausberger Tafel – wie auch bei der in Bernau – monatlich 100 Euro hinzu, die Dagmar Enkelmann aus ihrer Diätenerhöhung spendet.

Zivilcourage gegen Rechts



Die Bundestagsabgeordnete der LINKEN Gesine Lötzsch hatte die Idee, viele ihrer Fraktionsmitglieder griffen sie auf, auch Dagmar Enkelmann. Erneut riefen sie zum Wettbewerb »Zivilcourage vereint« auf. Bis zum 16. März – die Ausschreibungsfrist wurde auf mehrfachen Wunsch um einen Monat verlängert – können junge Menschen bis 25 Projekte einreichen, die sich mit Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus auseinandersetzen. Zu gewinnen gibt es wie jedes Jahr eine Bildungsreise, diesmal zum Thema »Griechenland unterm Hakenkreuz« ins gleichnamige Land. 2005 gewann die Seelowerin Claudia Fortunato mit ihrem Theaterstück »Woran glaube ich?« eine Fahrt nach Italien. Die Preisträgerin über ihre Motive und Erfahrungen:

Du hast Dich 2005 am Wettbewerb »Zivilcourage vereint« beteiligt. Wie bist du auf die Idee gekommen, ein Theaterstück zu schreiben?

Durch meine politischen Aktivitäten im Bereich Antifaschismus. Ich wollte schon länger ein Stück schreiben, um die Leute auf dieses Thema zu stoßen. Als ich dann auf den Wettbewerb aufmerksam wurde, habe ich mich dahintergeklemmt. Ich hatte schon regelmäßig für unsere Theatergruppe in Seelow geschrieben.

Am Ende wurde das Stück mit Deiner Schulklasse aufgeführt. Was hat das für Euch bedeutet und wie Euren Alltag geprägt?

Die meisten aus dem Kurs hatten sich vorher nicht sehr viel mit dem Thema beschäftigt. Nachher haben sie dann gesagt, dass sie es gut fanden, sich Gedanken darüber zu machen. Gerade die Schüler, die die Rechten spielen mussten, haben sich sehr stark mit dem Gegenstand auseinandergesetzt. Zwei Mitspieler wurden dadurch sogar politisch aktiv.

Waren denn alle in Deiner Klasse geschlossen gegen Rechts?

Eigentlich nicht. Es gab einige Schüler, die öfter mal dumme Stammtischparolen von sich gegeben haben. Mit denen konnte man aber reden. Meistens haben sie auch eingesehen, dass sie Unsinn erzählt haben.

Welche Erfahrungen hast du in Deinem Heimatort Seelow mit Rechtsextremen gemacht? Wie ist dort die Situation?

In Seelow selbst hält sich das noch in Grenzen. Aber in dem Dorf, wo ich aufgewachsen bin, in Manschnow, sind rechtes Gedankengut und der indirekte Rechtsextremismus, also Mitläufertum, sehr verbreitet. Man trifft auch oft auf diese sogenannten Stammtischparolen. Außerdem habe ich persönlich Probleme gehabt, weil mein Vater Portugiese ist. Ich habe deshalb schon immer eine innere Verpflichtung gespürt, dagegen etwas zu tun.

Du bist dann als Preisträgerin nach Italien gefahren. Welche Erfahrungen und Erlebnisse hast du da gehabt?

Das war bis jetzt die beste Bildungsfahrt, die ich je mitgemacht habe. In der norditalienischen Provinz Reggio Emilia, die ja eher eine rote Region ist, haben wir Mitglieder des Verbandes der Überlebenden getroffen, die damals im Widerstand waren, auch einen Mann, der ein Massaker überlebt hat. Heute führt er Menschen durch die Berge und erzählt die Geschichte der Partisanen. Vor allem diese Zeitzeugengespräche haben mich stark beeindruckt. Ich habe viel gelernt und Kontakte geknüpft, die bis heute noch aktiv sind.

Jetzt steckst Du mitten im Studium: Inwiefern spielt das Engagement gegen Rechts noch eine Rolle für dich?

Ich studiere deutsche und politische Bildung auf Lehramt in Potsdam. Dafür war eine solche Fahrt total prägend. Das bestätigt mich immer wieder darin, dass es wichtig ist, der kommenden Generation ein bestimmtes Verständnis für Menschenrechte mitzugeben. Ich engagiere mich schon seit längerer Zeit in der Linksjugend Solid und bin jetzt im Landesvorstand. Wo es geht, versuche ich antifaschistische Strukturen, Aktionen und Gruppen zu unterstützen.

www.zivilcourage-vereint.de

Wettbewerbsbeiträge bitte an:
Wahlkreisbüro Strausberg (siehe Seite 8) oder
Bernau wkb-d.enkelmann@t-online.de

Susanne Götze

Torsten Krause unterwegs

Jüngster Brandenburger Parlamentarier zu Gast im Seelower Klatsch-Café



Der 26jährige Lychener stand 30 Zuhörerinnen und Zuhörern Rede und Antwort. Moderator Reiner Pawlak stellte den Gästen den Studenten der Politikwissenschaften als auch den Privatmenschen Krause vor. Aufgewachsen in Potsdam, wurde Krause 2004 in der Uckermark direkt ins Landesparlament gewählt. »Warum engagieren Sie sich in so jung in der Politik? Was ist für Sie sozial gerecht? Welchen Stellenwert haben für Sie Volksentscheide?« Das waren einige Fragen, die den Seelowern unter den Nägeln brannten. Torsten Krause brachte es auf den Punkt: Zu Hause

hat er frühzeitig schon Zeitung gelesen, mit seiner Familie konnte er stets diskutieren und in der Schule kämpfte er für Gerechtigkeit.

Über ehrenamtliche Mitarbeit bei der brandenburgischen Landjugend und Praktika, damals noch bei der PDS-Fraktion, wurde man auf sein politisches Talent aufmerksam. Mit viel Arbeit an der Basis, in einer schwierigen aber auch reizvollen Gegend wie dem Oderbruch, in der Uckermark, errang Torsten Krause in der Direktwahl sein Landtagsmandat.

Und steht noch heute für Innovation. Mit seinem rollenden Bürgerbüro stand er erstmals auf dem Marktplatz in Seelow. Sein Wahlkreisbüro hat er seit sechs Monaten in einem dafür hergerichteten Kleinbus. Mehrmals wöchentlich fährt er damit durch seinen Wahlkreis. »Für mich war es ein logischer Schritt, den demografischen Wandel nicht nur zu beklagen, sondern mit neuen Mitteln diesen auch als Chance zu begreifen.«

Außerdem besuchte Torsten Krause das Seelower Gymnasium und das Kinder- und Jugendfreizeitzentrum FRIZZ.

Alternativer Neujahrsempfang in Strausberg

Gut 50 Gäste waren der Einladung des Sozialparks, der LINKEN sowie des Bürgervereins Hegermühle gefolgt. Am Lagerfeuer bei Glühwein, Bratwurst und Schmalzstulle wurde wenig über den »Aufschwung« geredet, eher über die zunehmenden sozialen Probleme, über per-

sönliche Erfahrungen, Hoffnungen und Wünsche. Diese Art der Begegnung kann in Strausberg zur Tradition werden, eine Tradition, die sich in Seelow und Neuhardenberg aus den Hartz-IV-Protesten heraus entwickelt hat.

B.S.

Auch Seelower gedachten Luxemburg und Liebknecht



Für Friedhelm Johst, der das erste Mal an dieser Veranstaltung teilnahm, ein bewegender Moment. »Das so viele, und vor allem junge Menschen auch hier herkommen, beeindruckt mich sehr,« so der 64jährige Neuhardenberger, der seit 1990 Abgeordneter der LINKEN im Gemeindeparlament ist.

Fast schon traditionell veranstaltete in der Stätte der Begegnung die BO Mitte – rund um Lonny Heinz – ihr Weihnachtsfest für Kinder, die besonders stark von Hartz IV betroffen sind.

Die Weihnachtsfrau Constanze Wilke beschenkte dabei 11 Kinder aus der Kita der Strausseestrolche mit Kleinigkeiten und einer dicken Jacke.

Klaus Linke



**LINKE-Bürgerbüros
der Abgeordneten**

■ **Dagmar Enkelmann-MdB**
15344 Strausberg, Wallstraße 8
Mitarbeiter: Bernd Sachse
Tel.: 0 33 41 / 30 39 84
Fax: 0 33 41 / 30 39 85
Mo. - Do. 9.00 - 16.00 Uhr
Freitag nach Vereinbarung
dagmar.enkelnmann@wk.bundestag.de
www.dagmar-enkelmann.de

■ **Kerstin Kaiser-MdL**
15344 Strausberg, Wallstraße 8
Mitarbeiterin: Helga Burgahn
Tel.: 0 33 41 / 49 77 11
Fax: 0 33 41 / 30 39 85
Mo. - Do. 8.00 - 16.00 Uhr
info@kerstin-kaiser.eu
www.kerstin-kaiser.eu

■ **Wolfgang Heinze-MdL**
15306 Seelow, Fichtenweg 4
Mitarbeiter: Uwe Hädicke
Tel.: 0 33 46 / 88 41 21
Fax: 0 33 46 / 88 41 59
Mo. 8.00 - 10.00 Uhr
oder nach Vereinbarung
heinze-seelow@web.de

■ **Gerlinde Stobrawa-MdL**
16259 Bad Freienw., Grünstr. 8
Mitarbeiter: Joachim Fiedler
Tel.: 0 33 44 / 30 13 55
Mo. - Mi. 9.00 - 13.00 Uhr
Do. 9.00 - 17.00 Uhr
Fr. 9.00 - 12.00 Uhr

■ **Renate Adolph-MdL**
15366 Hoppegarten, OT Hönow
Mahlsdorfer Str. 61 / HEP
Mitarbeiterin: Helga Hummel
Tel.: 030 / 99 27 47 49
Fax: 030 / 99 27 47 43
Mo., Mi., Do. 14.00 - 18.00 Uhr
renate@adolph.de
www.adolph.de

LINKE-Geschäftsstellen

■ **STRAUSBERG**
Große Straße 76
15344 Strausberg
Tel.: 0 33 41 / 31 17 96
Fax: 0 33 41 / 31 47 75
E-mail:
kreisvorstand@dielinke-mol.de
Öffnungszeiten:
Mo. - Do. 8.00 - 12.00 Uhr

■ **SEELOW**
Breite Straße 9, 15306 Seelow
Tel./Fax: 0 33 46 / 4 17
www.pds-seelow.de
Öffnungszeiten:
Mo. und Mi. 9.00 - 12.00 Uhr
Di. 9.00 - 12.00 Uhr
15.00 - 17.00 Uhr

■ **BAD FREIENWALDE**
Grünstraße 8
16259 Bad Freienwalde
Tel./Fax: 0 33 44 / 34 66
Öffnungszeiten:
Di. 9.00 - 11.30 Uhr
14.00 - 16.00 Uhr

Grüß Gott! Da bin ich wieder!

**Karl Marx in der Karikatur von Rolf Hecker (Autor),
Shunichi Kubo (Autor), Hans Hübner (Autor)**

Noch nie gab es eine so umfassende Karikaturensammlung zu einer Person: Rund 600 politische, soziale und Porträtkarikaturen, gewitzt-lustige und gagbetonte, lachhafte und eher grüblerische Spottblätter vereint der Band.

Sie setzen sich mit Marx philosophischem Schaffen auseinander, der Rezeption seines Werks, seiner Rolle in den sozialen Kämpfen, natürlich auch mit Marx privat. Künstlerisch und politisch unterschiedliche Ar-



beiten reihen sich aneinander und korrespondieren. Ein amüsantes Kompendium historischer Bildung.

Das Buch vom Eulenspiegelverlag wird auf der Leipziger Buchmesse vom 13. - 16. März 2008 vorgestellt.

Preis: EUR 24,90,
Gebundene Ausgabe:
224 Seiten,
ISBN-10: 335901698X; ISBN-13:
978-3359016984

**DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G**

Seit die Fraktion verkündet hat, die Diätenerhöhungen aller LINKEN Abgeordneten zu spenden, treffen verstärkt von verschiedensten Einrichtungen Bitten und Wünsche nach Unterstützung ein.

Jedes Mitglied der Linksfraktion spendete schon vor der Diätenerhöhung regelmäßig monatlich größere Summen, sowohl an die Partei, als auch zweckgebunden.

Um als Fraktion möglichst vielen helfen zu können, haben wir schon in der 14. Wahlperiode im Jahre 2002 einen Verein gegründet, in den alle Abgeordneten und die meisten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter regelmäßig einzahlen.

Die Zahl der Wünsche aus allen deutschen Bundesländern übersteigt die Möglichkeiten des Vereins bei weitem.

Aber alle Anträge werden genauestens geprüft und nach Entscheid durch eine Jury wird sozialen und kulturellen Projekten, antifaschistischen und anderen linken Aktivitäten und Vorhaben, aber auch Einzelpersonen, eine meist einmalige Hilfe in unterschiedlicher Höhe gewährt.

Das reicht vom Frauenfriedensarchiv in Oberhausen bis zum VVN in Berlin, vom Sinti-Musik-Festival in Hildesheim bis zur Friedensfahrtunterstützung, um nur einige zu nennen.

Allein 2007 wurden fast 300 Spendenbitten positiv beschieden und knapp 180.000 Euro vergeben, in Brandenburg u.a. an den Jugendmigrationsdienst in Seelow und die Suppenküche in Bad Freienwalde, das Übergangwohnheim in Luckenwalde und die THW-Jugend in Rathenow.

TERMINE - VERANSTALTUNGEN - AUSSTELLUNGEN MÄRZ 2008

6.2., 19 Uhr,
7. **politischer Aschermittwoch**,
Bad Freienwalde, Freiwillige
Feuerwehr, Wriezener Straße

11.2., 10-14 Uhr,
**Öffentliche Anhörung der
Bundestagsfraktion DIE LINKE**
zu den Bundesprogrammen gegen
Rechtsextremismus, Berlin,
Bundestag, Raum E 200,
Paul-Löbe-Haus, Eingang West,
Konrad-Adenauer-Straße

14.2., 18 Uhr,
**Öffentliche Redaktionssitzung
für IMPULSE, LinksTreff**

23.2., 9 Uhr,
Kurt Kretschmann-Gedenk-
kolloquium, Bad Freienwalde,
mit Dr. Dagmar Enkelmann

8.3., 10 Uhr,
**Frauenfrühstück zum Internati-
onalen Frauentag, LinksTreff
Strausberg**

VORANKÜNDIGUNG
Im März wird anlässlich des
125. Todestages von Karl Marx
am 14.3. im LinksTreff eine
Ausstellung mit Karikaturen
des großen Denkers, der die
Welt verändern wollte, gezeigt
- passend zum Erscheinen des
neuen Buches - siehe Empfeh-
lung oben.

**Achtung:
Mandatsträgertreffen verschoben auf 1. April (siehe Seite 2)**

IMPULSE

Herausgeber:
Kreisvorstand der Partei DIE LINKE-MOL
Zuschriften bitte an die Geschäftsstelle
in Strausberg. Die Redaktion behält sich

vor, Zuschriften bei Veröffentlichung sinn-
während redaktionell zu bearbeiten. Veröf-
fentlichte und namentlich gekennzeichnete
Beiträge müssen nicht mit der Meinung
der Redaktion übereinstimmen.

Der Druck der Zeitung »Impulse« wird
durch Spenden finanziert.

V.i.S.d.P.: Christine Hempel, 0173-61 400 67
E-Mail: hempel@typegerecht.de

Redaktionsschluss: 26. Januar 2008

Gesamtherstellung:
SLC-GmbH, Badstraße 2, 15344 Strausberg
03341-30 94 05 · info@slc-gmbh.de